wie Robert Havemann oder Rudolf Bahro, die einschneidenden Konsequenzen einer offen oppositionellen Haltung auf sich zu nehmen. In der Regel fochten sie ihre Kämpfe mit der Politbürokratie zudem allein aus, statt eine gemeinsame Front zu bilden. Der einzige breite politische Protest, die Erklärung gegen die Biermann-Ausbürgerung, konnte deshalb von der SED durch den differenzierten Einsatz von Druck und Vergünstigungen schnell wieder neutralisiert werden. Die weitverbreitete Unzufriedenheit, insbesondere in der jungen Generation, blieb aus diesem Grunde diffus und fand keinen Kristallisationskern, an dem sie die Form einer offenen Bewegung annehmen konnte. Durch diese Individualisierung des Protestes gelang es der SED, ihre Herrschaft in beiden Jahrzehnten weitgehend stabil zu halten.

Allerdings sind die meisten Protestpotentiale, die 1989 das Ende der SED-Diktatur herbeiführten, in Keimform schon in sechziger und siebziger Jahren festzustellen: die friedensengagierten Gruppen in den Kirchen, die unzufriedenen Intellektuellen, die verbitterte Jugend und die wachsende Zahl von Ausreisenden. Viele Entwicklungen der achtziger Jahre wurden somit in den vorangegangenen beiden Jahrzehnten vorbereitet. Diese Potentiale wirkten jedoch in der Regel weitgehend unabhängig voneinander und begannen erst in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zusammenzuwachsen. Die gegenseitigen Vorbehalte zwischen kritischen Christen, marxistischen Intellektuellen, aufbegehrenden Jugendlichen und desillusionierten Ausreisewilligen erleichterten deren Neutralisierung durch die SED.

Erst in den achtziger Jahren verbanden sich diese Potentiale zu jener breiten Oppositionskultur, über die wir morgen sprechen werden, die auch durch die vielfältigen Verfolgungsmaßnahmen nicht mehr beseitigt werden konnte. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer: Vielen Dank, Herr Knabe, für Ihre umfassenden und in ihrer gedanklichen Stringenz ausgezeichneten Ausführungen, die uns einen vorbildlichen Ausgangspunkt für die jetzt anschließende Diskussionsrunde hier im Podium geben. Ich würde vorschlagen, daß Sie vielleicht nachher in die Fragerunde der Abgeordneten und Sachverständigen mit einbezogen werden.

Für die folgenden anderthalb Stunden schlage ich vor, daß wir die Benennung dieser öffentlichen Anhörung genau nehmen. Sie heißt „Motivationen, Möglichkeiten und Grenzen widerständigen und oppositionellen Verhaltens“. Wir haben soeben eine Basis für die Diskussion erhalten. Ich schlage vor, nach einer ganz kurzen Vorstellungsrunde in einem Dreierschritt die Dinge aufzuarbeiten und erst einmal über die Motivationsprobleme, dann über die Möglichkeiten und schließlich über die Grenzen zu diskutieren.

Ich bitte zunächst einmal Herrn Pfarrer Richter und Herrn Eisenfeld, Herrn Kollegen Bierwisch und dann Herrn Borkowski und Herrn Molt, sich ganz kurz vorzustellen.

Bitte, Herr Eisenfeld.

Bernd Eisenfeld: Ich bin Jahrgang 1941, gebürtiger Vogtländer. Es soll ein Lexikon geben, das den Vogtländern nachsagt, sie seien ein kleines zänkisches Bergvolk. (Heiterkeit)

Vielleicht war das der Ausgangspunkt, daß ich dann 1964 Berufsverbot erhielt als sogenannter Rädelsführer bei den Bausoldaten; vielleicht war das der Ausgangspunkt, daß ich mich 1968 vehement für den „Prager Frühling" einsetzte und dann auch schon im Frühjahr operativ vom MfS entsprechend bearbeitet wurde. Ich habe gegen die Intervention durch die Verteilung von Flugblättern meinen Protest geltend gemacht, und ich habe auch unter dem Dach der Kirche versucht, mich einzubringen.

Ich will ganz kurz den Zeitraum abstecken, in dem ich dann auch glaubte, öffentlichkeitswirksam werden zu können. Das begann 1964, als ich einen Brief an die Vorsitzende des Bundes Demokratischer Frauen in Österreich richtete, mit Adresse und Absender, in dem ich das Grenzsystem der DDR als grundrechtswidrig charakterisierte und auch Grenzsoldaten, die auf Flüchtlinge schießen, als Verbrecher bezeichnete. Das war 1964, ein offener Brief sozusagen, der aber nicht in die Hände des MfS fiel.

Wir hatten 1975 ein Treffen von Bausoldaten in Leipzig über das Thema Menschenrechte. Dabei ging es nicht nur um friedenspolitische Aktivitäten, sondern auch um Menschenrechtsfragen. Ich will Ihnen kurz zitieren aus einem Bericht des MfS: „Sein Auftreten war ausgesprochen provokativ. Er erklärte, daß der Vortragende die Situation zu rosig geschildert habe, obwohl im Referat Angriffe gegen die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihre Partei, gegen die sozialistische Wehr- und Bildungspolitik gemacht und die DDR der Verletzung der Menschenrechte bezichtigt wurde. Er bezichtigt die DDR der ständigen und bewußten Verletzung der Menschenrechte, insbesondere solcher Rechte wie Versammlungs- und Meinungsfreiheit, Freiheit der Wahl des Wohnortes, Freizügigkeit für Reisen ins Ausland, auch ins sozialistische, und Bildung. Dabei erklärte er, daß die Verfassung der DDR eine Farce sein, die durch die Gesetze und internen Anweisungen der verschiedensten Ministerien unterhöhlt und zum Teil außer Kraft gesetzt werde. Er kritisierte die Kirche, zu wenig gegen die Staatsmacht aufzutreten und für den Aufbau eines demokratischen Sozialismus einzutreten. Er bejahte die Möglichkeit, im kirchlichen Raum seine Meinung frei äußern zu können, möchte aber auch noch andere Möglichkeiten suchen, öffentlichkeitswirksam zu werden. Dazu gehören nach seiner Meinung Mitarbeit in Schiedskommissionen, gesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen, Elternausschüssen und ähnliches."

Im November wurde ich praktisch „verabschiedet" durch einen Abschlußbericht, in dem u. a. steht: „Der E. trat auf den Tagungen der Bausoldaten provokatorisch gegen die Politik unserer Partei und Regierung auf. Er beschuldigt

die DDR einer ständigen und bewußten Verletzung der Menschenrechte. Durch inoffizielle Kräfte wurde eingeschätzt, daß die Diskussion des E. dazu angetan war, weitere Teilnehmer zu negativen Äußerungen zu veranlassen. Durch die Übersiedlung des E. wurde erreicht, daß der negative Einfluß sowie der Träger und Verbreiter der politisch-ideologischen Diversion im Arbeitsbereich sowie unter den Bausoldaten des Raumes Halle-Leipzig entfernt wurde."

Das war die Zeitspanne bis zu meiner Übersiedlung. Ich kann an einigen Beispielen belegen, daß die Solidarität von Bürgern auch innerhalb der Bausoldatenzeit dazu geführt hat, daß eine ganze Reihe von Aktivitäten möglich war und auch die Grenzfelder von Repression gemildert wurden.

Dr. Edelbert Richter, MdEP: Ich bin 1943 geboren und bin in gewisser Hinsicht politisiert worden 1961, als ich in Leipzig Philosophie studieren wollte. Das hat nämlich nur ein Vierteljahr gedauert, und dann bin ich da wieder entfernt, also exmatrikuliert worden, wegen ungenügender politischer Reife, und diese Einschätzung war völlig richtig. Ich bin recht naiv an dieses Philosophiestudium rangegangen, und man hat mich darüber belehrt, daß das im Grunde doch Studium des Marxismus-Leninismus ist und daß da so ein naiver Mensch nicht hingehört.

Dann bin ich allerdings erst mal sehr zurückhaltend gewesen. Ich mußte zwei Jahre in die Produktion, und dann habe ich Theologie studiert. Richtig politisiert worden, wenn man das so nennen darf, bin ich eigentlich erst durch 1968 – es ist ja dargestellt worden, daß das ein entscheidendes Jahr war –, das ist sehr vielen in der DDR so gegangen.

Über die Phase, die Hubertus Knabe sehr ausführlich geschildert hat, könnte ich ein bißchen etwas erzählen, so ab 1975/76 bis 1989. Das war der Zeitraum, in dem ich dann auch wirklich etwas gemacht habe.

Ich will noch sagen, daß ich es für wichtig halte, daß wir uns mal darüber unterhalten, ob Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre nicht tatsächlich ein ganz tiefer Einschnitt liegt. Das kam bei Hubertus nicht so ganz zum Vorschein. Das halte ich für eine These, über die man mal diskutieren müßte. Vielleicht ist das auch schon klar, aber bei mir ist das erst mal eine Erkenntnis gewesen. Das würde ich gern tun, denn es ist in den siebziger Jahren wirklich eine ganz andere geistige Atmosphäre gewesen. Das macht uns jetzt bei der Beurteilung dieser Zeit auch zu schaffen. Das deutete sich jetzt schon so ein bißchen an. Wir sagen immer: „Die reden ja so viel von demokratischem Sozialismus und solchen Sachen." Das ist es doch gerade bis Ende der siebziger Jahre gewesen. Die weltpolitische Lage war auch eine gänzlich andere. Darüber würde ich gerne diskutieren.

Prof. Dr. Manfred Bierwisch: Ich bin Jahrgang 1930, geboren in Halle, und habe in Leipzig Germanistik studiert. Dort hat sich ein Freundeskreis geformt, der für mich biographisch sehr wichtig war. Dazu gehört ab 1954 Uwe Johnson. 1952 bin ich zum ersten Mal in Konflikt mit der Staatsmacht

geraten. Das Urteil, das da erging, beruht auf einer Anklageschrift, in der steht: „Der Student Manfred Bierwisch unternimmt es, den Frieden des deutschen Volkes und der Welt zu gefährden, indem er es unternimmt, im D-Zug D 186 von Berlin nach Leipzig sechs Exemplare der Zeitschrift 'Der Monat' einzuführen." (Heiterkeit)

Davon habe ich ein Jahr abgesessen, dann kam die Einsicht in die Verzerrungen der „sozialistischen Gesetzlichkeit", und ich konnte das Studium wieder aufnehmen. Ich habe dann meine Arbeit an der Akademie der Wissenschaften zu Berlin aufgenommen. 1964 lief – das habe ich allerdings erst viel später, nämlich beim Aktenstudium, erfahren – ein operativer Vorgang „Forum" wegen Protesten in Gewerkschaftsversammlungen, aber vor allen Dingen, weil ich zu dem Bekanntenkreis von Robert Havemann und Wolf Biermann gehörte. 1968 ereilte mich aus Gründen, die ich nie habe klären können, eine totale Reisesperre, ich war also reiseunmündig auch für das sozialistische Lager. Und 1973 wurde aus einer Mischung von politischen und wissenschaftlichen Gründen die Arbeitsstelle aufgelöst, in der ich tätig war, ich konnte aber meine Stelle an der Akademie behalten. 1980 wurde die Arbeitsstelle sogar wiedergegründet, und 1985 geschah das doch etwas merkwürdige oder ungewöhnliche Ereignis, daß ich als erster und, glaube ich, einziger die Erlaubnis erhielt, auswärtiges wissenschaftliches Mitglied in der Max-Planck-Gesellschaft zu werden, also ganz offiziell.

Für mich ist die politische Szenerie immer eine Einheit von persönlichen, politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen gewesen. Davon gibt es Spuren bis heute, die sogar noch weiterwirken.

Dieter Borkowski: Es ist schon ein ganz seltsamer origineller Zufall. Wir haben uns beide noch nie gesehen, und ich muß genauso wie Herr Bierwisch auf den „Monat" abheben, der mir eine ganz wesentliche geistige Quelle damals war. Ich habe jede Nummer gehabt und das ganze „Monat"-Archiv an Erich Mielke übergeben zusammen mit Tausenden beschlagnahmter Bücher.

Kurz zu meiner Person: Jahrgang 1928, in das Gedächtnisloch des Genossen Orwell ist das alles gefallen. Das „Ministerium für Liebe" griff zu, und ich wurde zusammengeschlagen, als ich erklärte, wo die Begriffe „Ministerium für Liebe" und „Ministerium für Überfluß" herkommen. Genosse Kowalewski heißt er. Ich habe seinen Namen jetzt dank der Gauck-Behörde gefunden. Der – zuletzt – Oberst Gustav Adolf Kowalewski kam mir mit beiden Fäusten vors Gesicht, als ich ihm sagte, woher der Begriff „Ministerium für Liebe" kommt. Ich zitiere ganz kurz zwei Sätze: „Aus den angeführten Beispielen geht hervor, daß der Borkowski eine planmäßige feindliche Tätigkeit gegen die DDR durchgeführt und dabei bereits breite Kreise der Intelligenz, der Künstler und auch anderer Personen zersetzt. (Heiterkeit) Er stellt damit eine Gefahr für die weitere Bewußtseinsentwicklung dieser Personenkreise dar. Es wird vorgeschlagen, den Operativvorgang 'Aufweicher' durch die

Festnahme des Borkowski, Dieter, wegen Verstoßes gegen § 19 Abs. 1,2 und 3 abzuschließen. In der Vernehmung ist darauf hinzuarbeiten, daß dem Borkowski im Zusammenhang Staatsverrat nachgewiesen wird, den er durch seine planmäßige Hetze vorbereitet. Die Festnahme des Borkowski muß mit Hilfe einer entsprechenden Kombination vorgenommen werden, damit der Borkowski und Zeugen, die nicht seiner Gruppe angehören, vernommen werden können, bevor dies den Angehörigen des Freundeskreises bekannt wird."

Der Hauptspitzel in diesem Freundeskreis war ein Ihnen allen sehr bekannter Mann namens Hermann Kant. Ich habe ihn in einem Artikel zu seiner Stasi-Akte vor acht Tagen der Lüge bezichtigt. Er hat noch nicht reagiert. Auch der Aufbau-Verlag, der seine phantastischen dichterischen Werke nach wie vor publiziert, ist informiert.

Ich bin also Jahrgang 1928, etwas jünger als der Genosse Hermann Kant, und hatte nicht das Vergnügen, einen proletarischen Vater zu haben, was meiner Kaderakte, meiner Karriere enorm unförderlich war. Ich stamme aus einer christlich-bürgerlichen Familie und war deswegen auch, als ich mit sechzehn Jahren aus dem vaterländischen Krieg Adolf Hitlers in das zerstörte, zertrümmerte Berlin zurückkehrte, sehr deprimiert, als ich erfuhr, was im Namen meiner evangelischen Kirche und der Bischöfe an Gebeten und Segensbekundungen jeden Sonntag für den Führer des großdeutschen Reiches und seine Regierung – „Gott schütze den Führer und seine Ratgeber" hieß es in der Liturgie – erging. Das hat mich gegenüber dem kirchlichen Bereich ein wenig kritisch gemacht.

Als ich zwei Jahre später am Lagerfeuer, achtzehnjährig, einen jungen, bescheidenen, mit grüner Windjacke am Lagerfeuer sitzenden Erich Honecker und einen noch viel freundlicheren und geradezu charismatischen Heinz Keßler und einen kleinen dicklichen, aber hochintelligenten Rhetoriker namens Hermann Axen kennenlernte und die mit uns „Wann wir schreiten Seit' an Seit'" sangen (Heiterkeit), da waren wir mit unseren 17 Jahren so verhungert, daß wir jede Scheibe Brot aus einem Korb gefischt hätten. Als diese drei jungen Männer da saßen und sagten „Wir wollen ein neues Deutschland im Geiste", z. B., „unserer Freunde, der Geschwister Scholl" – läppisch –, „wir wollen an Martin Niemöller, wir wollen an Seafkow, an Seelenbinder und an die Rote Kapelle anknüpfen" –, wurde das so dargestellt, daß keine Silbe davon fiel, daß es die Adepten Stalins waren, die da saßen.

Jetzt komme ich in Konflikt mit den verehrungswürdigen Zeitzeugen von heute vormittag. Das hat mich tief bewegt, und ich bin glücklich, daß ich um fünf Uhr aufgestanden bin und mir das angehört habe. Ich habe über dieses Buchenwald nicht nur nachgedacht. Ich habe auch selbst über Buchenwald für den Rundfunk geschrieben. Was er erlebt hat, hat natürlich für sein Leben die entscheidende Bedeutung, denn er hat das große Glück, Jahrgang 1930 zu sein.

Ich hatte das weniger große Glück, Herrn Honecker am Lagerfeuer mit „Wann wir schreiten Seit' an Seit'" unter Berufung auf die Geschwister Scholl und auf den Widerstand zu hören, mit all meinen Minderwertigkeitskomplexen, als kleiner 14jähriger Nazi-Junge auf dem Wilhelm-Platz dem Führer Adolf Hitler zugejubelt und mit 16 Jahren die Flakgeschütze am Berliner Friedrichshain bedient zu haben. Mein Minderwertigkeitskomplex führte mich geradewegs in die Arme der neuen marxistisch-leninistischen Welt, noch nicht sofort, aber einige Monate später. Als dort Ernst Niekisch, der große deutsche Historiker, den sie im Zuchthaus Brandenburg blindgeschlagen hatten, auf dem Katheder stand und deutsche Geschichte und europäisches Bürgertum und demokratische Revolution von 1848 lehrte und ein Jahr später Alfred Kantorowicz 6.000 Dollar Monatsgehalt aufgab, um für 2.000 Ost-Mark in Ostberlin zu arbeiten, bin ich Sozialist geworden und schäme mich dessen nicht und war ein glühender Kommunist für zwei Jahre.

Als herauskam, daß Dieter Friede verhaftet und verschleppt worden ist, wurde ich kritisch. Als ich als junger Reporter des Rundfunks noch im Volontariatsverhältnis die Auflösung des sowjetischen Lagers Sachsenhausen erlebte, brach ich zum ersten Mal zusammen und sagte zu Schirdewan – ich verkehrte in diesen Kreisen leider privat –: „Karl, die jüngsten sind 14. Ich bin im hohen Alter von 21, was sagst du denn dazu?" Schirdewan schritt zu seinem Bonzenwagen. Von Widerstand, von Opposition war natürlich nie die Rede, um diese Frage von heute früh noch zu beantworten. Er war ein eiskalter machthungriger Mann, der nur taktisches Kalkül kannte.

Ich selbst sollte der Chefredakteur des „Neuen Deutschland" werden, um das noch vorgreifend zu sagen, wenn seine Gruppe gesiegt hätte. Dafür bin ich zum ersten Mal in den Hohenschönhausener Bunker eingezogen unter dem großen Stalinbild, dafür, und nicht dafür, daß ich in diesem Kreis gehetzt habe. Das stellte sich nach sechs Monaten täglicher Vernehmung heraus. Da wurde ich nämlich drei volle Monate Tag und Nacht über die Gruppe Schirdewan, Wollweber, Oelssner, Ziller interviewt, weil ich zu der private Kontakte hatte.

Von Widerstand, wie ihn das Ministerium für Staatssicherheit Dank des Obersten Kowalewski dargestellt hat, kann natürlich keine Rede sein. Wir waren ein Freundeskreis, der kritisch sprach, kritisch dachte und der nur eine große Hoffnung hatte, daß der dicke, rundliche Nikita Sergejewitsch Chruschtschow sich mit seinem Anti-Stalinismus durchsetzt, daß wir eine große reformierte Renaissance des Sozialismus erleben. Alles, was Dubcek zwölf Jahre später machte, was diese Regimekritiker innerhalb des sozialistischen Lagers machten, das haben wir 1953 nach Stalins Tod am 5. März über den Aufstand vom 17. Juni als junge Berliner, Journalisten, Regisseure erhofft. Am Rande war sogar mal Manfred Krug dabei, und da war Heinar Kipphardt dabei.

Da war der Freundeskreis, den ich aufgeweicht habe und für den ich zu Recht

zwei Jahre in Mielkes Bunker in die Einzelhaft gezogen bin. Da habe ich den Widerstand auf meine Art gemacht, indem ich später, als ich wieder rauskam und die DDR die Mauer hatte und ich nicht fliehen konnte, um mich bei Freund Finn in der KgU oder sonstwo zu bekümmern, fünf Jahre für Marion Gräfin Dönhoff unter Pseudonym geschrieben habe. Dafür bekam ich den ersten Preis des DDR-Journalisten-Verbandes: Sieben Jahre Zuchthaus. (Beifall – Heiterkeit)

Rudi Molt: Ich beneide Herrn Borkowski um sein Temperament und sein darstellerisches Talent. Das ist mir leider nicht gegeben. Mein Name ist Rudi Molt. Ich bin 1952 in Ost-Berlin geboren, im Prenzlauer Berg, bin dort auch aufgewachsen, habe die Erweiterte Oberschule in Berlin-Pankow, die Carl-von-Ossietzky-Schule, besucht, die später noch zu etwas trauriger Bekanntheit gelangte, als im Jahre 1988 einige Schüler dort relegiert wurden. Das kam übrigens auch schon zu meiner Schulzeit dort vor. Ich war von 1966 bis 1970 an dieser Schule. Auch damals wurden schon Mitschüler von mir von der Schule geworfen im Zusammenhang mit einem Ereignis, auf das Herr Knabe vorhin auch kurz schon einging: das angebliche Konzert der Rolling Stones auf dem Springer-Hochhaus. Viele Jugendliche aus Ost-Berlin zogen nämlich in die Nähe der Mauer, in der Hoffnung, die Stones dort oben spielen zu sehen und zu hören. Die wurden natürlich zum großen Teil weggefangen von der Polizei und von der Stasi. Die Strafen waren dann beispielsweise, daß die Leute von der Schule geflogen sind.

Ich habe nach dem Abitur an der Humboldt-Universität bis 1974 Physik studiert und anschließend an der Akademie der Wissenschaften in Adlershof als Physiker gearbeitet. Im Jahre 1976 spielte dann, wie bei Herrn Eisenfeld, ein offener Brief eine gewisse Rolle. Herr Knabe hat vorhin schon auf den Freitod von Pfarrer Brüsewitz im Sommer 1976 hingewiesen. Wenige Tage nach dem Tod von Pfarrer Brüsewitz erschien im „Neuen Deutschland“ auf der Seite 2 ein Kommentar – der Kommentar auf der Seite 2 war immer der offizielle Kommentar der Partei –, in dem Pfarrer Brüsewitz erstens als geistesgestört, zweitens als pervers, weil er angeblich Unzucht mit Tieren und Kindern trieb, und drittens als Agent des Bundesnachrichtendienstes denunziert wurde. Ich habe daraufhin zusammen mit einigen anderen jungen Leuten einen offenen Brief verfaßt, gerichtet an Erich Honecker, mit der Forderung, daß die Partei sich von diesem Kommentar im „Neuen Deutschland“ distanzieren solle. Das war natürlich sehr naiv, aber wir waren so entrüstet darüber, daß wir das für richtig hielten, und wir haben dann auch Unterschriften gesammelt im Bekanntenkreis, auf der Arbeitsstelle, um diesen Brief anschließend abzuschicken.

Es wurden die drei Verfasser dieses Briefes – wir haben den Text zu dritt entworfen – verhaftet. Ich will die Namen der anderen beiden hier auch einmal nennen. Das waren Robert Schröter und Reinhard Langenau. Verfaßt hatten wir diesen Brief eigentlich zu viert, aber die vierte Person, eine junge

Frau, war ein IM der Staatssicherheit. Dieser Brief war der Anlaß für unsere Verhaftung, aber ich will nicht sagen, daß er der Grund gewesen ist. Der Grund war ein anderer. Es hatte sich Mitte der siebziger Jahre in Ost-Berlin eine oppositionelle Szene gebildet, und ich glaube, der eigentliche Grund für unsere Verhaftung war, daß die Stasi eine Abschreckung bewirken wollte, was aber nicht funktioniert hat. Ich wurde dann wegen staatsfeindlicher Hetze zu zwei Jahren und vier Monaten verurteilt. Im Urteil spielte dann wieder etwas anderes eine Rolle. Diese Brüsewitz-Geschichte wollte man nicht mehr für die Verurteilung heranziehen, weil das inzwischen im Westen bekanntgeworden war, auch die evangelische Kirche sich eingeschaltet hatte und Erich Honecker der Kirche versichert hatte, es seien wegen eines Protestbriefes keine DDR-Bürger verhaftet worden. Wir wurden dann verurteilt, weil nachzuweisen war, daß wir in der DDR verbotene Literatur gelesen und weiterverbreitet und teilweise auch persönliche Aufzeichnungen gemacht haben aus dieser politischen Literatur.

Im November 1977 wurde ich aus der Haft entlassen, nachdem ich einige Strafanstalten der DDR vorher noch kennenlernen durfte, in der Reihenfolge Hohenschönhausen, Rummelsburg, Cottbus, Brandenburg und Karl-Marx-Stadt, heute Chemnitz. Seit 1977 lebe ich in West-Berlin und bin in meinem Beruf als Physiker tätig. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer: Vielen Dank. Ich denke, es wäre keine Schwierigkeit, meine Damen und Herren, hier schon eine Fragerunde einzuschieben.

Sowohl bei Herrn Eisenfeld als auch bei Ihnen, Herr Molt, ist bereits zum Ausdruck gekommen, daß man vielleicht noch versuchen sollte, die drei Grundfragen nach Motivationen, nach Möglichkeiten und nach Grenzen einmal geschlossen aufzunehmen, diese also präzise und prägnant zu erörtern, um dann die Möglichkeit der Fragen zu eröffnen.

Ich bitte jeden einzelnen, mit Herrn Eisenfeld beginnend, die Problematik „Motivationen, Möglichkeiten und Grenzen widerständigen und oppositionellen Verhaltens“ aus seiner Sicht kurz darzulegen.

Bernd Eisenfeld: Ich möchte sagen, daß ich zumindest schon als Kind oder als Jugendlicher drei Schlüsselerlebnisse hatte. Ich habe mit zwölf Jahren den 17. Juni in Falkenstein, einem kleinen Ort, erlebt; meine Eltern, die ansonsten sehr zurückhaltend waren, jubelten in den eigenen vier Wänden, draußen geschah nichts. Die Beklemmung, die ich spürte, zwischen diesem Ausbruch in den eigenen vier Wänden und dem, was man sonst offiziell von sich gab, das war sicher etwas Prägendes für mich.

Es gab ja – ich weiß nicht, ob Sie sich erinnern – schon mal Städtepartnerschaften zwischen der Bundesrepublik und der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren. Falkenstein hatte eine Städtepartnerschaft mit Erlangen. Ich war mit meinem Zwillingsbruder ein recht guter Schauspieler. Mit sechzehn

Jahren hätten wir das erste Mal die Chance bekommen, in die Bundesrepublik zu fahren. Diese Reise wurde einfach abgesagt mit der ganz billigen Argumentation, man nehme keine „Kaiser-Gelder“, denn wir sollten da mit 30 DM ausgestattet werden. Das wurde initiiert von Parteimitgliedern. Ich war also im Grunde genommen eigentlich seit dieser Zeit immunisiert gegen jede Art von Partei, insbesondere was die SED betraf.

Ich habe diese ersten Erfahrungen gesammelt, und ich denke schon, daß in dieser Zeit dann auch der Gedanke entstand, etwas genauer darüber nachzudenken. Für mich war später die Motivation entscheidend, Denken und Handeln irgendwie in Übereinstimmung zu bringen. Ich habe versucht, diese Chancen wahrzunehmen, und ich muß auch sagen, daß sie doch einiges bewirkt haben.

Ich möchte nur an ein Beispiel erinnern: 1967 waren Wahlen in der DDR. Bei den Bausoldaten sind wir angetreten zum Kompanieappell, und es wurde uns von der Kompanieleitung verlesen, daß vier – ein Offizier, ein Unteroffizier, ein Baupionier und ein Bausoldat – zur Wählervertreterkonferenz delegiert werden. Wählervertreterkonferenzen fanden ja immer vorher statt, das war praktisch schon das Vorspiel für die eigentliche Wahl. Dabei bin ich einfach vorgetreten – es war so ein Ausbruch – und habe gesagt: „Wieso denn? Wer bestimmt hier, wer geht? Wir machen ein ordentliches Wahlverfahren.“ Die Kompanieleitung war völlig irritiert. Es schlossen sich andere Baupioniere, Bausoldaten an. Es war ein Kompaniebereich von etwa 110 Baupionieren, Bausoldaten und Offizieren. Völlig verunsichert brachen sie den Kompanieappell ab. Es kam zu einer neuen Zusammenkunft, dort wurde versucht, eine Art Strukturwahl durchzusetzen, das heißt, ein Offizier sollte delegiert werden, ein Unteroffizier, ein Gefreiter und ein Bausoldat. Ich bestand wiederum auf einem Wahlverfahren: „Wer die meisten Stimmen bekommt, geht dorthin.“ Die meisten schlossen sich an, und es passierte. Das heißt, sie mußten uns delegieren. Das Ergebnis war: kein Offizier, zwei Bausoldaten, ein Baupionier, den ich eher sogar dem rechten Spektrum zuordnete, und ein Unteroffizier. Das war im Grunde genommen unser Unteroffizier, den wir schon halb gedreht hatten.

Wir tauchten also auf dieser Wählervertreterkonferenz auf, hatten uns entsprechend vorbereitet mit Fragestellungen, haben also auch hier das demokratische Prinzip gewahrt, haben alle befragt, welche Fragen wir stellen sollen. Es waren Fragen, die das Selbstverwaltungsmodell in Jugoslawien betrafen, Informationsfreiheit, Freiheit der Kunst und natürlich auch die Problematik der Bausoldaten, deren Legalisierung. Bei dieser Veranstaltung wollten wir uns alle vier zu Wort melden. Einer durfte nur zu Wort kommen. Da ich die meisten Stimmen hatte, fiel praktisch das Glück oder Unglück auf mich. Ich bin also dann vormarschiert und habe dort vor 300 Leuten alle diese Fragen kritisch angesprochen, das Selbstverwaltungsmodell in Jugoslawien,

Informationsfreiheit, Freiheit der Kunst, Legalisierung der Bausoldaten. Ich war erstaunt, daß es trotz einer Reihe von Mißfallenskundgebungen von den 300 Teilnehmern am Ende Beifall gab. Es gab auch Diskriminierung, es gab aber auch Schulterklopfen.

Der damalige SED-Bezirksleitungschef und Volkskammerabgeordnete Stief hat über die Veranstaltung einen Bericht – ich könnte ihn vorlesen – abgeliefert. Dort wird erwähnt, daß diese Veranstaltung kurz vor dem Abbruch stand. Es gelang also, mit legalen Mitteln sich auf dem Hintergrund der entsprechenden Soldaten durchzusetzen. Es war für mich ein Schlüsselerlebnis, daß es möglich ist, auf legale Art und Weise etwas durchzusetzen. Das Ergebnis war übrigens auch – es waren in diesem Wahlkreis 177 Wähler eingetragen –, daß es unter diesen 177 Wählern 40 Neinstimmen, zehn Enthaltungen und acht ungültige Stimmen gab, das heißt, 30 % wählten in diesem Wahlkreis auf Grund dieser Entwicklung „Nein“, und das hat mich im Grunde genommen schon damals, 1967, bestärkt, mit legalen Mitteln, das heißt mit Offenheit, mit offenem Visier, dieses System anzugehen. Das hat sich aus meiner Sicht in vielen Bereichen bestätigt. Meine Erfahrung ist, daß es mit offenem Visier, mit sachlicher Kritik möglich war, Solidaritätseffekte zu erzielen und einiges zu bewirken. Das schloß natürlich nicht aus, daß das offene Visier dazu führte, daß ich 30 Monate inhaftiert wurde, aber das hing mit dem „Prager Frühling“ zusammen.

Ich habe aber auch später ähnliche Solidarität genossen. Selbst bei meiner Inhaftierung als „Verbrecher“ hat sich das Arbeitskollektiv nicht bereiterklärt, sich als „gesellschaftlicher Ankläger“ zur Verfügung zu stellen. Es war also lediglich möglich, einen „gesellschaftlichen Vertreter“ aufzubieten, und dieser „gesellschaftliche Vertreter“ hat mich während der Verhandlung nicht belastet; und auch das mit der Beurteilung, die in solchen Fällen vom Betriebskollektiv verlangt wurde, was dazu führen sollte, daß dem Betroffenen als „Verräter“ gekündigt wird, funktionierte nicht. Auch diese Beurteilung hat mich – das habe ich jetzt aus meinen Unterlagen herauslesen können – eher entlastet. Das hatte unter anderem zur Folge, daß ich nach meiner 30-monatigen Haft wieder im Betrieb eingestellt werden mußte, zwar mit Redeverbot und entsprechenden Einschränkungen, aber das sind Erfahrungen, die man diskutieren sollte. Dort habe ich Grenzen und Möglichkeiten erkannt. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer: Vielen Dank, Herr Eisenfeld. Das war ein Beitrag, der vor allem, wenn ich Sie richtig verstanden habe, Möglichkeiten von Opposition und Widerstand aufgezeigt hat. Herr Pfarrer Richter.

Dr. Edelbert Richter, MdEP: Ich habe ein paar Beispiele, woran man das vielleicht noch einmal ein bißchen im Zusammenhang durchdeklinieren kann. Möglichkeiten und Grenzen hängen ohnehin zusammen, und zu Motivationen habe ich vorhin etwas gesagt. Ich will ein Beispiel bringen: Nach der

Schlußakte von Helsinki, also 1975, begann das mit den Ausreiseanträgen, und ich erinnere mich sehr genau, daß wir in Naumburg Studenten hatten, die dann auch einen Ausreiseantrag stellten – ich war damals am Katechetischen Oberseminar, später Kirchliche Hochschule –, und die konnten dann nicht weiterstudieren. Die Kirche entschloß sich dazu, sie nicht zuzulassen, weil sie uns verlassen wollten. Ich kann nicht mehr ganz rekonstruieren, wie die Argumentation war, es war jedenfalls umstritten. Man hätte sie ja auch erst mal an der Kirchlichen Hochschule lassen können, aber die Entscheidung fiel auf jeden Fall in die andere Richtung.

Ich hatte dann einen dieser Studenten als Hausangestellten, denn die durften nicht arbeitslos sein, es gab ja keine Arbeitslosen bei uns. Dann mußte der fünf Jahre warten, bis er endlich ausreisen konnte. Während dieser Zeit hatte ich ihn als Hausangestellten. Das war so eine Originalität.

Worauf ich hinaus will: Als er dann endlich Ende der siebziger Jahre ausreisen konnte – ich weiß es noch ganz genau –, war das bei mir selber ein komisches Gefühl. Eigentlich war ich der Meinung, er hätte dableiben sollen. Ich hatte auch immer zwischendrin die Vorstellung: „Wenn du nun so lange warten mußt, dann bleib doch lieber da und tu doch was. Du hängst hier sozusagen rum und wartest auf deine Ausreise, statt dessen solltest du eigentlich bei uns mitmachen, also eben Opposition mitmachen."

Das deutet auf eine Problematik hin, die sich bis 1989 hinzog. Da gab es immer die Spannung zwischen den oppositionellen Gruppen und den „Ausreisern". Die Zahl schwoll an, und das war immer eine Spannung. Ich denke, wir dürfen das nicht verkleinern. Das ist ein Riesenproblem gewesen. Wir distanzierten uns von denen, die ausreisen wollten, weil wir das Gefühl hatten, daß sie nicht mitkämpfen wollen, daß sie sich drücken.

Nun vielleicht noch ein anderes Beispiel: Brüsewitz ist erwähnt worden, da war es auch so – ich erinnere mich sehr genau –, daß wir dieser symbolischen Handlung von Brüsewitz ziemlich distanziert gegenüberstanden. Ich habe noch einmal nachgesehen – ich habe damals in der Studentengemeinde einen Vortrag gehalten über „Martyrium, gewaltloser Widerstand oder Selbstmord". Wir haben dann darüber diskutiert, was das nun eigentlich war. Aber ich erinnere mich auch, daß wir das nicht mit sehr viel Beteiligung diskutiert haben. Ich weiß nicht, ob das woanders anders war. Es war auf jeden Fall bei uns so. Im gleichen Jahr war die Geschichte mit Biermann – damit kann man das mal vergleichen. Die Sympathien und auch der politische Wille, der da erwachte, waren in bezug auf Biermann viel größer als in bezug auf Brüsewitz. Ich weiß nicht, ob andere da anderer Meinung sind. Das müßte man mal diskutieren.

Warum hat Brüsewitz bei uns nicht so viel bewegt? Wir hatten das Gefühl, das ist unangemessen, so macht man das nicht. Ich sage das jetzt etwas leger, ich spiele das jetzt ein bißchen runter, es war ja sehr viel ernster. Wir waren

der Meinung, daß das nicht der richtige Weg ist, Opposition zu machen. Das riß uns nicht mit. Es hätte ja eigentlich mitreißen müssen als symbolische Tat.

Zum Vergleich: Bei diesem Biermann-Konzert saßen wir, übrigens zusammen mit Zeugen Jehovas – die wohnten mit in meinem Pfarrhaus –, bis in die Nacht, bis zum Ende des Konzertes hielten wir dort aus. Das war unwahrscheinlich. Da waren eigentlich alle dabei. Ich bildete mir ein – vielleicht ist das eine Täuschung –, die ganze DDR hat da vor dem Fernseher gesessen. Das hatte Widerhall, und da dachten wir auch, das ist der Weg, von der ideologischen Seite her betrachtet. Das war eben die Grundvorstellung. Das, was dann 1989 eingetreten ist, hätten wir uns eben da nie denken können, sondern wir stellten uns vor: Wenn es hier eine Veränderung geben muß, dann im Rahmen dieses Systems. Da müssen wir eben so viel wie möglich herausholen. Und wer einen Ausreiseantrag stellt, der klinkt sich da aus, oder wer es wie Brüsewitz macht, der hat noch nicht begriffen, was die eigentliche Strategie ist.

Wir wollten das System verändern, hierbleiben, hier kämpfen, das war die Vorstellung. Das stützte ideologisch natürlich auch die noch bis zum Ende vertretene Theorie einer demokratischen Reform, die durch Gorbatschow noch einmal ziemlich Aufschwung bekam. Das war damals seit 1968 ganz fest die Vorstellung und, wie man sieht, auch vorher.

Zu den Grenzen: Man mußte der Überzeugung sein – das sind wir immer gewesen –, daß mehr möglich ist, als wir wahrnehmen und als die Bevölkerung wahrnimmt. Wir müssen darüber jetzt auch nicht mehr so reden, aber was uns natürlich doch immer geärgert hat, war die Trägheit. Wir haben das theologisch oder auch konfessionsgeschichtlich auf die Tradition des Untertanengeistes in Deutschland zurückgeführt. Deswegen machen die Leute nicht mit. Es gab doch immer wieder die Vorstellung, daß mehr drin wäre, daß es nur an solchen Dingen wie der tradierten Haltung liegt. Die Deutschen sind vielleicht von ihrer lutherischen Tradition her so. So haben wir uns das zurechtgelegt.

Grundsätzlich bin ich auch heute noch der Überzeugung, daß mehr dringewesen wäre. Vorhin kam der Hinweis auf die anderen Länder: Warum klappte das bei den anderen Ländern des damaligen Ostblocks? Es wurde ja schon die Frage gestellt: Wieso ist die DDR so stabil? Die glänzte ja geradezu durch Stabilität. Überall passierte etwas, bei uns gerade nicht. Das ist schon ein Phänomen. Ich bin deshalb auch heute noch der Meinung, daß mehr möglich gewesen wäre, und was Sie erzählt haben, deutet auch darauf hin.

Man muß meiner Meinung nach auf diesem Standpunkt beharren: Die Grenzen waren in Wahrheit nicht so eng, wie sie zu sein schienen. Es gab später – das fing Mitte der siebziger Jahre an und wurde dann in den achtziger Jahren stärker – immer so ein komisches Ineinander von Nachgeben und Verstärkung des Drucks, so daß man eigentlich nie so genau wußte, was eigentlich gespielt wird. Das ist auch so ein Phänomen gewesen. Man konnte gar nicht genau

bestimmen, wo die Grenzen waren. Man mußte es immer wieder austesten. Das war unsere mehr taktische Überlegung, immer wieder austesten, so weit wie möglich gehen. Wir hofften natürlich jeweils, daß jedesmal noch ein paar mehr mitgehen. Das war dann allerdings oft nicht der Fall.

Was die Grenzen betrifft, muß man bei der Überzeugung bleiben, daß mehr möglich gewesen wäre. So eng, wie sie gezogen schienen, waren sie nicht, wenn wir mehr politischen Willen aufgeboten hätten.

Prof. Dr. Manfred Bierwisch: Ich denke, es ist ein wichtiger Unterschied zwischen Motivationen für abweichendes, dissidentes, nonkonformes Verhalten und den Zielen, die man mit diesem Verhalten im Auge haben kann. Beides muß man wiederum sehen im Hinblick auf die zeitliche Schichtung, die das hat. Wir reden jetzt über zwei Dekaden, die 69er und siebziger Jahre. In denen wirkt nach, was davor war, und es deuten sich auch die Verschiebungen an, die danach kamen.

Vielleicht weniger die Motivationen, aber die Ziele, die man mit nonkonformem Verhalten verbinden kann, sind in diesen verschiedenen Phasen, und zwar abhängig von den Randbedingungen oder Umständen, den Grenzen, die das vorgibt, sehr unterschiedlich. Ich denke, es gibt eine Grundschicht in den Motivationen, die natürlich unterschiedlich ausgeprägt ist, aber sie ist sicher weitgehend oder fast immer mit im Spiel. Das ist zunächst einfach die Wahrung der Integrität der Persönlichkeit, die Wahrnehmung des persönlichen Anstandes, auch der individuellen Interessen gegen das, was als Normen und Zwänge von außen vorgegeben wird. Das ist etwas, was nicht notwendigerweise zu großen, koordinierten spektakulären Handlungen führt. Was aber für die Gesamteinstellung, auch das, worauf man sich im persönlichen Umgang verlassen konnte, für das soziale Mikroklima sehr wichtig war: Wem kann man trauen, wie kommt man miteinander aus? Das hängt sicher zu einem wesentlichen Teil von einer Motivation ab, die erst einmal sehr individuell ist, geprägt durch Herkunft, Elternhaus, Erziehung, aber eben auch orientiert an allgemeinen moralischen oder ethischen Maßstäben.

Dann gibt es verschiedene Arten von politischen Zielen. Das eine akzeptierte die Gegebenheiten in den sechziger und siebziger Jahren – für die vierziger und fünfziger Jahre muß man das anders beschreiben –, unter Akzeptierung der Gegebenheiten einfach die Abwehr der Deformation, der Übergriffe, die auch mit den eigenen Programmen in Konflikt, im Widerstreit waren, wo also die Deklamationen und die Realität sichtbar nicht zusammenpaßten.

Das geht graduell über in die Zielstellung, die man als so etwas wie einen „sozialistischen Neuanfang“ oder „sozialistischen Umsturz“ – das, was im Grunde bis heute die PDS haben möchte – ansehen kann. Und das ist wieder etwas anderes als die grundsätzliche Beendigung des Sozialismus als eines politischen Systems.

Jede dieser Zielstellungen hat unterschiedliche Realisierungsmöglichkeiten.

Die Randbedingungen oder die Grenzen hierfür sind nicht einfach bloß die objektiven Tatsachen, sondern auch die Art, in der sich diese Tatsachen den Erwartungshorizonten der Beteiligten widerspiegeln. Alle, die nicht zu jung waren, haben das Trauma des 17. Juni gehabt, und zwar auf beiden Seiten; für die Partei war das so sehr ein Trauma wie für die Regierten, also die Möglichkeit und das Scheitern des Aufstandes. Das andere Trauma war der 13. August, also die Abgrenzung und gewaltsame Schließung der Grenzen.

Ebenso wichtig war aber die Einsicht infolge des ungarischen Aufstandes, als zum ersten Mal die Möglichkeit erschien und massiv niedergeschlagen wurde, daß ein sozialistisches Land sich selbständig vom Block lösen könnte. Es war seit 1956 klar, daß diese Möglichkeit, daß es eine eigene politische Entwicklung geben kann, nicht existiert. Das war dann auch eine Prämisse, die im „Prager Frühling" eingehalten wurde. Das sollte innerhalb des sozialistischen Lagers sein. Das war die nächste Erfahrung des Scheiterns.

Alles in allem gilt gerade für die zwei Dekaden, von denen wir reden, die Tatsache, daß die sowjetische Hegemonie und zusätzlich das subalterne DDR-Verhalten innerhalb des Blocks Randbedingungen waren, an denen in Wirklichkeit niemand rütteln zu können glaubte. Auch Opposition wie die von Robert Havemann vertretene, die ich relativ gut von innen her kenne, war nicht geprägt von der Auffassung, man könne die politischen Verhältnisse wirklich umstürzen, man könne aus dem Block austreten, sondern man könne nur einklagen, was als Lippenbekenntnis in den Programmen drinsteht.

Insofern ist die Frage der Zielstellung – das ist ein bißchen etwas anderes als die Motivation – immer auch abhängig von den Erwartungen, die man haben konnte. Da ist erst in den achtziger Jahren, also mit der Tatsache, daß in der Sowjetunion selbst Änderungen eintraten, die Erwartung möglich geworden, daß das politische System tatsächlich beeinflußbar, veränderbar ist. Das müßte nun – das ist in Beispielen schon getan worden – in die persönlichen Erfahrungen umgesetzt werden. Ich will jetzt aber nicht den Versuch machen, zu zeigen, wie in einem sehr speziellen Bereich, meinem der Linguistik, sich das in ideologischer Bevormundung und Widerständigkeit oder Sprödigkeit dagegen auswirkte. Ich kann da nur sagen: Man sieht immer wieder diese merkwürdige Mischung von Interessenkoalitionen, bei denen Leute sich der Möglichkeiten bedienen, die auf einem ideologisch motivierten Vorstoß beruhen oder sich abbilden, der ihnen von seiten der Partei vorgegeben wird und mit dem dann ganz andere Interessen mittransportiert werden, was die Grenzziehungen oder die Unterscheidungen innerhalb des widerständigen Verhaltens mitunter ziemlich kompliziert macht. Die Fragen „Warum laufen so viele hinter den Parolen über lange Zeit her? Warum gibt es nicht mehr Aufbegehren?" hängen an einer ganzen Reihe von Faktoren. Einer davon ist zweifellos auch der immer wieder sich fortsetzende Auswanderungsprozeß der Oppositionswortführer, gerade im gespaltenen Deutschland, aber es gibt

daneben auch solche merkwürdigen Interessenmischlagen, bei denen ganz geschickt von seiten der Partei Vorgaben gemacht worden sind, die Interessen vom Kleintierzüchterverband bis zu wissenschaftlichen Interessenkoalitionen gebildet und ausgenützt haben. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer: Vielen Dank, Herr Bierwisch.

Man möchte meinen, daß die Möglichkeiten der Vorgaben durch die Partei im Bereich der Sprachwissenschaft relativ begrenzt sind.

Prof. Dr. Manfred Bierwisch: Das sollte man meinen; es gab aber die marxistisch-leninistische Sprachwissenschaft mit ganz massiven Festlegungen, was ideologisch erlaubt ist und was nicht erlaubt ist. Unglücklicherweise findet man in den Schriften von Marx und Engels zu allem etwas, also auch zur Sprache. (Zuruf: Der große Stalin!)

– Nein, der war es damals nicht. Stalin war damals vorbei. Das war zu diskreditiert, zu kompromittiert. Stalin war es nicht. – In einer drei Jahre dauernden bösen Kampagne ging es darum, daß die Sprache eine gesellschaftliche Erscheinung ist und daß man sich dementsprechend individuelle, was auch biologische, was ganz andere als politische Aspekte in der Sprache ausmachen, Gedanken machen kann. Das war in der Zeit ein wichtiges, sich ganz dramatisch entwickelndes Thema, was sich in der Informatik längst weltweit niedergeschlagen hat. Das waren Fragen, in die die Partei sich eingemischt hat und bei denen die Möglichkeit, da mitzumachen oder sich dem zu widersetzen, jemanden ganz plötzlich, ohne daß man das als Politikum gewollt hatte, in politische Frontstellungen gebracht hat.

Dieter Borkowski: Ich hatte angedeutet, daß ich aus einer protestantischen christlich gesonnenen Familie kam, und so imponierte mir im Ursprung die verlogene Erklärung von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, 1947 unterschrieben, „Die SED und die Kirchen“. Diese Erklärung entsprach fast schon einem Bündnisangebot. Damit war sicher noch nicht der damals junge „IM Sekretär“ gemeint, aber das Bündnisangebot ging in die Richtung des Bischofs Mitzenheim und hatte insofern eine enorme Wirkung, als 27 evangelische Pastoren 1948 dazu aufriefen, die SED zu wählen. Ich nenne nur zwei Namen, die mir noch geläufig sind: ein Pastor Rackwitz aus Neukölln und Aurel von Jüchen, und genau der Fall Aurel von Jüchen bestimmte meine Motivation, mich von der Partei zum ersten Mal kritisch innerlich abzusetzen.

Ich hatte das Glück, als junger Reporter im ehemaligen Hermann-Göring-Museum, Wilhelmstraße, später Otto-Grotewohl-Straße, bei den Volkskammersitzungen dabei zu sein, sprach dort den Dompastor Karl Kleinschmidt, auch einen ausgewiesenen religiösen Sozialisten, der sich für den Marxismus-Leninismus tief begeisterte und gerne auf dem Klavier rumklimperte und Kabarettsachen machte – mit Tucholsky schon zusammen –, an und fragte:

„Ist es richtig, Genosse Kleinschmidt, was der West-Berliner 'Kurier'", die Zeitschrift des Kontakt-Lemmer, wie Ernst Lemmer genannt wurde – der war Chefredakteur –, „meldet, daß der Pastor Aurel von Jüchen, der bekannte religiöse Sozialist und von Hitler Verfolgte, von unseren sowjetischen Genossen verhaftet wurde?" Dompastor Kleinschmidt wurde noch röter, als sein fröhliches alkoholgerötetes Gesicht sonst schon war, und rannte mit mir zum Landtagspräsidenten Moltmann, einem ganz schwammigen Wodkatypen, einem alten Sozialdemokraten, der sich völlig verkauft hatte. Landtagspräsident Karl Moltmann sagte: „Nein, mir ist nichts bekannt." Dann sagte er nach einer Pause: „Die Freunde haben ihn abgeholt." (Heiterkeit)

Vielleicht fragen wir den Ministerpräsidenten von Mecklenburg, Wilhelm Höcker, auch ein biederer Sozialdemokrat. Der stand da, zwei Zentner schwer, von seinem großen russischen Pajok genährt – im nächsten Jahr waren sie alle drei schon tot an Schlaganfällen –, und Genosse Wilhelm Höcker wußte auch nichts. Jetzt zogen wir zu dritt zum Parteichef des Landes, einem alten Kommunisten, Kurt Bürger – nach dem hießen zahlreiche Betriebe in Mecklenburg –, und der sagte: „Wir können das gleich klären. Das sitzt Staatssicherheitsminister Zaisser." Es war Pause in der Volkskammer; die Abgeordneten standen nach den zehn Freipfannkuchen an. Und Genosse Wilhelm Zaisser las die „Neue Zeitung" und sagte: „Tja, ich habe noch keinen genauen Tatbericht, die Freunde mußten zugreifen. Er hat unter seinen Konfirmanden gegen die ruhmreiche Sowjetunion gehetzt." Ich habe das vor zehn Jahren in einem Buch dokumentiert. Es hat beim Fischer-Verlag nicht sonderlich Aufsehen erregt: „Für jeden kommt der Tag". Das ist ein Wort, das Erich Honecker mal zu mir sagte: „Du mußt dich entscheiden, Dieter, für Sozialismus oder gegen Kapitalismus, für eines der beiden." Das hat kein großes Aufsehen erregt, ich habe auch von keinem Pastor der evangelischen Kirche je eine Zuschrift bekommen. Nicht von Ihnen, Sie konnten es nicht lesen, bei Ihnen war es Konterbande. Aber auch im Westen hat es bei den evangelischen Akademien und ihren Pressechefs – ich war an einer – kein Aufsehen erregt.

Nun habe ich mich gekümmert und habe kritisch mich bemüht, besonders auf dem Gebiet der Kulturpolitik – ich arbeitete als Theater- und Filmkritiker –, weil mir entsetzlich erschien, daß Walter Ulbricht laufend Filme verbot, z. B. den ersten DEFA-Film 1951 nach Arnold Zweig, der 1948 aus Palästina gekommen war: „Das Beil von Wandsbek". Man konnte ihn kürzlich in einer Reprise in den dritten Kanälen sehen, ein damals wirklich ausgezeichneter Film von Falk Harnack, vor einem halben Jahr gestorben. Diesen Film verbot Ulbricht mit folgender Begründung – ich habe es von seinem Sekretariat selbst gehört, weil ich gerade die Filmkritik schon geschrieben hatte –: Es sei nicht richtig, daß man in den Mittelpunkt einer solchen Auseinandersetzung, wie der parteilose Arnold Zweig das tut, den Schlächter von Wandsbek stellt, der

im Auftrage der SS und der Hitlerbehörden diese fünf Antifaschisten tötet, sondern im Mittelpunkt müßten die fünf Kommunisten sein. Diese Logik des Walter Ulbricht führte dazu, daß Arnold Zweig sehr traurig und verbittert war. Der Film mit großen deutschen Schauspielern wie Käthe Braun, Erwin Geschonnek als Schlächter von Wandsbek wurde verboten. Das ging immer so weiter. Ein paar Jahre später wurde Konrad Wolfs, des Sohnes von Friedrich Wolf und Bruders von Markus Wolf, großer Filmversuch „Sie Sonnensucher“ verboten.

Ich könnte noch mehr Theaterkonflikte nennen, z. B. daß die SED den größten Regisseur, den sie in der DDR neben Bertolt Brecht hatte, nämlich seinen Freund Erich Engel, in der Galilei-Premiere und DDR-Uraufführung dieses Stücks 1956 zwang, den einen Satz rauszunehmen, den ich so besonders erschütternd fand – wir hatten nämlich gerade die Ungarn-Revolution –, als der alte Galilei zu dem kleinen Mönch sagt: „Wenn du durch Deutschland gehst, mußt du die Wahrheit unterm Rocke tragen.“ All diese Dinge brachten uns dahin, meinen Freundeskreis und mich, einem Prozeß wegen Aufweichertums durch mich entgegenzusehen.

Wir hatten nicht vor – das sage ich ganz klar –, auf alle Grundlagen von Marx’, von Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts humanen Vorstellungen zu verzichten. Das wäre falsch. Das haben auch Wolfgang Harich, Gustav Just, Heinz Zöger und Bernhard Steinberger im Aufbau-Verlag nicht vorgehabt. Das muß man ehrlich sagen, es hat keinen Sinn, drumherum zu reden. Wir wollten einen ganz humanen demokratischen Sozialismus nach dem Luxemburg-Wort „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden.“ Das war der Grund, weshalb wir zusammenkamen.

Wie gesagt, wir wußten nicht, daß schon damals, 1956/57/58, unter uns Spitzel eingeschleust waren, darunter der prominente und erwähnte Schriftstellerpräsident Kant, der er dann später wurde, und daß die ständig berichteten und daß damit eines Tages die Verhaftung erfolgte, daß direkt festgelegt wurde, wie wir bei Feiern zusammenkommen sollten, die alten Freunde aus West-Berlin und Ost-Berlin zusammen, um alle verhaftet zu werden. Ich bin der Fall gewesen, an dem es exemplarisch ausgeführt wurde.

Am 1. November 1956, an meinem 28. Geburtstag, hörten wir die Reportagen aus Budapest, und da sprach der von mir sehr verehrte und auch gut bekannte große ungarische Dramatiker Julius Hay in deutscher Sprache „Helft, Ihr Völker, helft, helft, helft unserem kleinen Volk““ Als ich Julius Hays Stimme hörte und daran dachte, wie ich ihn vor Jahren in Budapest besucht hatte und er in Berlin die Theaterpremieren hatte – bei der ersten 1931 war ich noch ein zwei-, dreijähriges Kind –, da war ich mit dem Sozialismus, dem Marxismus-Leninismus am Ende und überlegte, ob ich ginge.

Dann traf ich auf ein paar unangenehme Erscheinungen in der Bundesrepublik. Ich interviewte einen Nazi-SA-Obergruppenführer namens Theodor Oberlän-

der, der sich nicht entblödete, als Minister für Vertriebene zu amtieren, und das führte mich dazu, meine Flucht nicht durchzuführen.

(Abg. Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Vorher hat er für die Vertreibung gesorgt!)

– Naja, er hatte dafür gesorgt in seinen Schriften vor 1933.

Das hat mich also irrsinnig gestört, obwohl ich wußte, daß in der DDR auch eine Menge Nazis am Zuge waren; z. B. die Ritterkreuzträger des Führers Vincenz Müller, Arno von Lenski, Martin Lattmann bauten die Volksarmee auf, während sich die lächerliche verlogene Propaganda des Albert Norden damit beschäftigte nachzuweisen, daß Dr. Speidel den faschistischen Königsmord an dem jugoslawischen König Alexander in Marseille ausgeführt hätte, eine freche dumme Lüge, die nur dadurch nachher entlarvt werden konnte, weil die Fälscherwerkstatt des Albert Norden eine Adresse von Hermann Göring angegeben hatte, die es noch gar nicht gab, das heutige Treuhandgebäude. Das existierte noch gar nicht. (Heiterkeit)

– Es ist eigentlich nicht so humorvoll, es ist nur grotesk.

Daran scheiterte die Lüge des Albert Norden, Speidel den Königsmord vom Herbst 1935 in Marseille anzulasten, ganz originell. Aber, wie gesagt, mit dem Sozialismus war ab 1959 nichts mehr, aber mit einem Herrn Oberländer wollte ich mich auch nicht einlassen. So bin ich in der DDR geblieben, ohne zu ahnen, was mir bevorsteht. (Beifall)

Rudi Molt: Ich weiß nicht, ob mir jetzt genügend Zeit bleibt, auch etwas über die Methoden und Formen oppositionellen Verhaltens zu sagen. Ich will zumindest versuchen, etwas über die Motivationen zu sagen. Ich denke, die Motivationen hängen im wesentlichen ab von politischen und moralischen Grundauffassungen, die man sich im Lauf seines Lebens angeeignet hat. Das beginnt eigentlich schon in der Kindheit.

Ich möchte auf einige Punkte eingehen, die mir in diesem Zusammenhang wichtig erscheinen. Ich bin etwas jünger als die anderen Herren dieser Runde, der 17. Juni 1953 ist mir nicht mehr erinnerlich, damals war ich ein Jahr alt. Aber ich war neun Jahre alt, als die Mauer gebaut wurde. Ich habe vorhin schon gesagt, daß ich im Prenzlauer Berg aufgewachsen bin, und zwar in direkter Nähe des späteren Grenzübergangs Bornholmer Straße. Das heißt, zu meinem kindlichen Aktionsfeld im Alter von acht, neun Jahren gehörten sowohl der Teil Prenzlauer Berg als auch der Teil jenseits der Bornholmer Brücke, der schon in Wedding lag. Der Bau der Mauer war für mich ein ganz einschneidendes Erlebnis als Kind.

Ich möchte noch etwas illustrieren: Meine Mutter hat mir – ich muß damals sieben, acht Jahre alt gewesen sein – aus West-Berlin ein Mickymaus-Heft mitgebracht. Eines Tages nahm ich dieses Heft mit nach unten auf die Straße und setzte mich an die Bordsteinkante, um es zu lesen. Meine Mutter kam,

glaube ich, vom Einkaufen und schimpfte mich furchtbar aus: „Du darfst doch dieses Heftchen nicht auf der Straße lesen!“

Ein drittes Beispiel noch: Ein neues Schuljahr hatte begonnen. Ich war in der dritten oder vierten Klasse, und die Lehrerin sagte uns, wir sollten unsere Eltern fragen, wer von den Eltern im Elternbeirat mitarbeiten möchte. Ich fragte zu Hause, und meine Mutter sagte: „Na ja, wenn es denn sein muß, mach’ ich das.“ Als die Lehrerin am nächsten Tag fragte, sagte ich, meine Mutter wäre bereit. Die Lehrerin fragte mich dann: „Sag mal, hat deine Mutter in West-Berlin gearbeitet?“ Sie mußte das von irgendwoher schon gehört haben. In meiner kindlichen Arglosigkeit sagte ich natürlich ja, worauf die prompte Reaktion kam: „Dann geht das natürlich nicht.“

Was ich damit illustrieren will: In der DDR und sicherlich auch in anderen Diktaturen lernt man schon als kleines Kind eine wichtige Technik, und zwar in einem Alter, in dem man auch Lesen und Schreiben lernt, also andere wichtige Techniken für das Leben. Man lernte, daß man Sachen, die man selber für richtig und wahr und gut hielt, in der Öffentlichkeit nicht tun oder sagen durfte. Ich glaube, das war ein prägendes Erlebnis, was jeder Mensch, der in der DDR geboren wurde und dort aufgewachsen ist, gehabt hat – dieser Zwang zur Unaufrichtigkeit, der einen das ganze Leben hindurch begleitete, es sei denn, man hatte alle Brücken hinter sich abgebrochen. Das war eigentlich für mich das Bedrückendste in der DDR. Die DDR war zumindest in den sechziger und siebziger Jahren keine so ganz furchtbare Diktatur mehr, verglichen mit der Hochzeit des Stalinismus und mit dem Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre. Es gibt im 20. Jahrhundert einige Diktaturen, die wesentlich furchtbarer gewesen sind als die Diktatur der DDR. In der DDR wurden zumindest in den sechziger und siebziger Jahren keine Konzentrationslager unterhalten, in denen Menschen gefoltert und massenhaft umgebracht wurden; es wurden keine politischen Gefangenen, an Händen und Füßen gefesselt, aus fliegenden Hubschraubern geworfen oder ähnliches.

Aber das Schlimme an diesem System war, daß es versucht hat, nicht nur Macht auszuüben über die Körper der Menschen, sondern auch über ihre Seelen. Ich will das mal ein bißchen vergleichen mit der Geschichte von des Kaisers neuen Kleidern, so fühlte ich es damals. Jeder hat eigentlich gesehen: Der Kaiser, also dieses System, ist nackt und häßlich, und trotzdem wurde von uns allen täglich verlangt, laut auszurufen, wie schön und prächtig gekleidet dieser Kaiser ist. Es war, denke ich – ich war auch damals schon davon überzeugt –, eigentlich noch schlimmer: Ich glaube, der Kaiser hat selbst gewußt, daß er nackt und häßlich ist. Es ging also in erster Linie gar nicht darum, die Menschen davon zu überzeugen, daß dieser real existierende Sozialismus eine überlegene Ordnung ist, sondern was verlangt wurde, war eigentlich hauptsächlich diese Unterwerfungsgeste, dieser Kotau vor der Macht. (Beifall)

Ich glaube, das ist eine Erscheinung gewesen, mit der sich die nachwachsende Generation zu großen Teilen nicht abfinden konnte. Wir hatten immer ein bißchen das Problem, daß sich die Älteren doch irgendwie mit dem System arrangiert hatten oder halt in den Westen gegangen waren. Als wir Jüngeren dann versucht haben, uns in der Tat mit diesem System auseinanderzusetzen, hatten wir das Problem, daß es eigentlich keine personelle Kontinuität gab; wir konnten von den Älteren nicht lernen, wie man dieses System begreifen kann, welche Möglichkeiten es unter Umständen gibt, dieses System zu verändern, ob das auf dem Wege der Reformen geht, ob das nur durch einen Aufstand, eine Revolution geht.

Wir haben als junge Erwachsene praktisch bei Null angefangen, mußten uns diese Grundlagen selbst erarbeiten. Wir haben das anhand von Literatur versucht, die auf irgendwelchen Wegen aus dem Westen Deutschlands geschmuggelt wurde. Wir haben Solschenizyn gelesen, wir haben Orwell gelesen, wir haben Trotzki gelesen, wir haben uns mit anderen Sozialismusmodellen beschäftigt. Beispielsweise das jugoslawische Modell des Sozialismus hat eine kleine Gruppe, in der ich auch mitgearbeitet habe, sehr lange beschäftigt. Wir haben uns ein halbes oder dreiviertel Jahr mit dem jugoslawischen Sozialismusmodell beschäftigt, weil es uns zumindest von der Theorie her um etliches besser erschien als der angebliche Sozialismus, wie wir ihn in der DDR erlebt haben. Daß das ein Irrglaube war, wußten wir damals nicht. Gut, wir hatten nicht die Möglichkeit, mal selbst nach Jugoslawien zu reisen, aber die Idee der Arbeiterselbstverwaltung, daß die Belegschaften selbst ihre Betriebsführer wählen, daß sie selbst entscheiden, wieviel des betrieblichen Gewinnes investiert wird, als Lohn ausgezahlt wird, das hat uns schon fasziniert. Wir haben diese Theoriediskussionen in kleinen Kreisen geführt und wollten dann natürlich auch irgendwann damit an die Öffentlichkeit gehen.

Jetzt vielleicht noch zum Abschluß ein Beispiel: In der DDR gab es Anfang der siebziger Jahre eine gewisse Liberalisierung auf kulturellem Gebiet. Erich Honecker war an die Macht gekommen, es gab die X. Weltfestspiele der Jugend und Sportler 1973 in Ost-Berlin, und es war etwas möglich, was vorher nicht möglich gewesen ist. Erinnern Sie sich an diesen Ausspruch von Honecker: „Auf dem Gebiet der Kultur ist alles möglich, solange es auf dem Boden des Sozialismus bleibt." Es gab damals für uns die Möglichkeit, in Kulturhäusern, in ähnlichen Häusern wie dem, in dem wir heute sitzen, Veranstaltungen zu machen. Es gab zwar staatliche Leitungen in diesen Kulturhäusern, aber die wußten oft nicht mehr, was sie eigentlich für ein Programm machen sollten, so daß für uns unabhängige Gruppen die Möglichkeit bestand, dort selbst Veranstaltungen anzumelden und auch durchzuführen. Das ging eine Zeitlang ganz gut. Unter anderem hatten wir eine Veranstaltung vorbereitet, in der wir über gleitende Arbeitszeit

informieren wollten, ein Thema, das damals in der DDR tabu war. Aber wir hatten das irgendwie geschickt gemacht, und diese Veranstaltung fand statt. Anschließend gab es natürlich mächtige Probleme. Uns wurde von den staatlichen Funktionären vorgeworfen, wir wollten der Partei Diskussionen aufzwingen. Gut, das ging noch mal glimpflich ab.

Die nächste Veranstaltung, die wir auch noch in dem Klubhaus machen konnten, war eine Informations – und Diskussionsveranstaltung zum Thema Arbeiterselbstverwaltung am Beispiel des jugoslawischen Modells. Wir hatten zu diesem Zwecke einen Vertreter der jugoslawischen Botschaft in der DDR eingeladen, einen Attaché. Wenige Tage vor dem Termin, an dem diese Veranstaltung stattfinden sollte, wurden die staatlichen Funktionäre doch offenbar stutzig und sagten: „Moment mal, diese Veranstaltung können wir nicht zulassen." Sie kamen und verlangten von uns, diese Veranstaltung abzusagen. Wir haben gesagt: „Das können wir nicht machen. Wir haben diesen Botschaftsattaché eingeladen, der hat zugesagt." Es hieß dann, wir sollten uns irgend etwas einfallen lassen, z. B.. daß der Klub baufällig sei oder so. Wir haben das jedenfalls nicht gemacht, wir haben darauf bestanden, daß die Veranstaltung stattfindet. Man wollte wohl von seiten der staatlichen Funktionäre der DDR auch keine diplomatischen Schwierigkeiten riskieren, und wir haben diese Veranstaltung wirklich durchgeführt. Das war damals ein wesentlich kleinerer Raum als dieser hier, es paßten vielleicht 50 Leute hinein. Von denen waren 40 irgendwelche staatlichen Funktionäre oder von der Staatssicherheit. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer: Vielen Dank, Herr Molt.

Ich habe jetzt aus der Runde acht Wortmeldungen. Ich bin geneigt, die Frageliste für geschlossen zu erklären. Herr Weisskirchen, Herr Jacobsen, Herr Weber, Herr Poppe, Herr Faulenbach, Herr Hilsberg, Herr Wilke und Herr Passauer. – Auch noch Herr Gutzeit, dann ist Schluß.

Herr Weisskirchen, bitte schön.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Sie haben in der letzten Runde sehr schön das Wechselverhältnis von Systemzwang – um einen Begriff aufzunehmen, den Sie gebraucht haben, Herr Molt – und der Chance, den Systemzwang von innen, von unten zu verändern, zu erweitern, auszutesten, dargestellt. Wenn ich Herrn Bierwisch richtig verstanden habe, dann hat er die Perspektive von den dramatischen Erlebnissen und Erfahrungen her aufgebaut und gesagt: „Das war nur begrenzt möglich", während Edelbert Richter von den persönlichen Erfahrungen her gesagt hat: „Wir hätten mehr machen können, als wir gemacht haben." Das sieht auf den ersten Blick widersprüchlich aus; ich glaube, daß es gar nicht widersprüchlich ist. Dennoch vielleicht an alle die Frage: Welche Möglichkeiten haben Sie aufgenommen aus dem Westen, um Ihre jeweiligen Grunderfahrungen umzusetzen? Haben Sie irgend etwas im Jahre 1968 als Ermutigung aufgefaßt – nicht nur beim „Prager Frühling", sondern da gab